

Quellenedition zur österreichischen

Parteiengeschichte

der Zweiten Republik

1945 - 1953

Projekt des

Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

**Dr.Maria Mesner, Dr.Traude Pietsch, Univ.Doiz.DDr.Oliver Rathkolb,
Dr.Johannes Schönner, Dr. Helmut Wohnout**

Wien, im Juni 1996

Inhaltsverzeichnis

- 1. Außenpolitik / Staatsvertrag / Alliierte**
- 2. Wiedergutmachung**
- 3. Auf dem Weg zur Marktwirtschaft
Währung, Banken, Lohn- und Preisabkommen**
- 4. Föderalismus und Energie
Die Energiepolitik im Spannungsfeld
zwischen Bund und Ländern**
- 5. Entnazifizierung und Heimkehrerintegration
Ein Balast beim Aufbruch in die neue Zeit**
- 6. Die Vorbereitungen zur Aufstellung eines
österreichischen Heeres 1945 - 1953**
- 7. Koalitionsverhandlungen von ÖVP und
SPÖ 1945 - 1953**
- 8. Die österreichische Verstaatlichung zwischen
Potsdamer Beschlüssen und Kaltem Krieg**
- 9. Kultur- und Schulpolitik**
- 10. Zur Medienpolitik der politischen Parteien nach 1945**

Vorwort

Das im folgenden versammelte umfangreiche Quellenmaterial zur österreichischen Zeitgeschichte von 1945–1953 ist das Ergebnis eines Prozesses, in dem über ein Jahr lang Aktenbestände gesichtet und erschlossen, Schwerpunkte ausgemacht und die aussagekräftigsten Dokumente ausgewählt wurden. Im Unterschied zur ursprünglichen Absicht zeigte es sich während dieses Prozesses, daß es sinnvoll ist, sich dabei im wesentlichen auf die Archive von SPÖ und ÖVP zu beschränken, die nur ergänzt wurden durch private Nachlässe von hohen Parteifunktionären wie Adolf Schärf oder Karl Waldbrunner. Diese eher in die "Tiefe" als in die "Breite" zielende Vorgangsweise wurde deswegen gewählt, weil wir der Ansicht sind, daß dadurch Charakteristika der politischen Kultur¹ offenbar werden, die sonst unscharf bleiben müssen: Es zeigt sich deutlich, welche Themen, Politikfelder etc. in den Partei-Archiven "vorkamen" — und welche nicht. Auch die Auslassungen, die Leerstellen sind interessant, weil sie Aufschluß geben über die politische Agenda der Nachkriegszeit, über die Perzeption dessen, was "politisches" Thema, Aufgabe der "Politik", Ziel politischen Handelns werden sollte und was nicht als solches wahrgenommen wurde, welche Prioritäten die AkteurInnen setzten. Dazu ist zu bemerken, daß die Öffnung der Archive der beiden großen Nachkriegsparteien im Zusammenhang mit dem nun abgeschlossenen Projekt erstmals möglich war. Neue Perspektiven auf die politische Kultur und ihre Geschichte für die hier repräsentierte Zeitspanne von 1945 bis 1953 werden durch die veröffentlichten Materialien möglich.

Die Parteiarchive erscheinen deswegen als besonders aussagekräftige Fundstellen, weil die politischen Parteien im politischen Feld im Österreich der Nachkriegszeit Institutionen von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren. Sie stellten nicht nur die einzigen — wie Rolf Ebbighausen es formulierte — "Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat"² dar, sondern waren die dominierenden Institutionen am Anfang dieses Staates. In welchem hohen Ausmaß SPÖ und ÖVP in der Folge diesen Staat durchdrangen wird aus den folgenden Dokumenten sichtbar. In der Annäherung an die Frage, ob die Parteien den Staat tatsächlich, wie der Essayist Josef Haslinger meinte, in Besitz nahmen und unter einander aufteilten³, oder ob nicht der Versuch, die österreichische Gesellschaft nach Krieg und Faschismus (wieder)herzustellen, einer differenzierten Einschätzung bedarf, können die hier gesam-

¹ Kultur wollen wir dabei umfassend verstehen als "ein System von Gedanken und Zeichen und Assoziationen und Verhaltens- und Kommunikationsweisen". — Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991, S. 16.

² Rolf Ebbighausen, *Legitimationsproblematik, jüngere staatsrechtliche Diskussion und der Stand historisch-empirischer Forschung*, in: *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation*, Frankfurt/Main 1976, S. 26.

³ Siehe dazu Josef Haslinger, *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*, 6. Auflage, Darmstadt-Neuwied 1989, S. 53.

melten Dokumente durchaus hilfreich sind. Um also die spezifische Aussagekraft der Parteiarhive nicht zu verwischen, haben wir uns für die Beschränkung auf ebendiese entschlossen.

Im Zuge der Arbeit kristallisierten sich die zehn Themenbereiche heraus, zu denen es sinnvoll schien, Dokumente aus den Archiven der beiden Koalitionsparteien einander gegenüber zu stellen: Außenpolitik mit dem Schwerpunkt auf der Vorgeschichte zum Staatsvertrag und dem Verhältnis zu den Alliierten, die Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus, die Errichtung einer (westlich-US-amerikanisch orientierten) Marktwirtschaft über Währungsreform und Lohn-Preis-Abkommen, Föderalismus und Energiewirtschaft, Entnazifizierung und die Integration der Heimkehrer — eine Zusammenstellung, die auf den ersten Blick befremdlich anmutet, aber plausibel wird im Hinblick auf die Tatsache, daß beide betroffenen Personengruppen gerne verdrängte Seiten der nationalsozialistischen Vergangenheit verkörperten im buchstäblichen Sinn des Wortes —, die Vorbereitungen zur Aufstellung einer österreichischen Armee, die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ zwischen 1945 und 1953, die Geschichte der österreichischen Verstaatlichung sowie zwei Politikbereiche, die auf der österreichischen Aufbau-Agenda nur nachgereichte Bedeutung hatten: Kultur- und Schulpolitik sowie Medienpolitik. Selbstverständlich können die unter diesen Themenbereichen nun veröffentlichten Dokumente keine Gesamtübersicht über die Entwicklung im jeweiligen Bereich geben. Sie gruppieren sich vielmehr um spezielle Anlässe, Gesetzesvorhaben etc. Mit den jeden Bereich einleitenden Bemerkungen haben wir versucht, den Kontext der Dokumente auszuleuchten, ihnen einen Bedeutungszusammenhang zu geben. Selbstverständlich wäre eine tiefergehende Analyse, die vor allem über das Jahr 1953 hinaus reichte, wünschenswert, um zu einer profunderen Einschätzung der großen Nachkriegskoalition, ihrer Funktionsweisen, ihrer Dynamik und ihrer Entwicklung über die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte hinweg zu gelangen. Eine solche, wesentlich umfangreichere, Aufgabenstellung hätte allerdings den Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen gesprengt. Wir glauben aber, daß anhand des jetzt vorgelegten Materials wesentliche neue Erkenntnisse für die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung des österreichischen Regierungssystems der großen Koalition nach 1945 gewonnen werden können.

Das betrifft nicht nur einzelne Politikbereiche, sondern die große Koalition als Regierungs-, Entscheidungsfindungs- und Konfliktregelungsmechanismus als ganze. Die politische Kultur der großen Koalition, sozusagen die "Grammatik" und das "Vokabular" ihres Diskurses und die Regeln ihrer Praxis werden aus der Gesamtheit der folgenden Dokumente deutlich. Die zwei Koalitionsparteien repräsentierten zwei der in Österreich traditionell verankerten "Lager", nämlich das katholisch-konservative und das sozialdemokratische. Diese beiden Lager hatten den Nationalsozialismus überdauert, während das traditionelle dritte, das nationale, durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus stark reduziert worden war und vorerst zudem an der Gründung einer eigenen Partei gehindert wurde. Die Koalition begann eigentlich als "Konzentration" von drei Parteien, die ursprünglich den Nachkriegskonsens repräsentieren sollten.

Noch vor dem formalen Ende dieser Nachkriegskonzentration etablierte sich, wie auch im folgenden deutlich wird, so etwas wie eine de-facto-Koalition. Die daran via entsprechenden Parteien beteiligten persistenten Lager konstituierten — in Kontinuität zur Ersten Republik — eine stark fragmentierte und segregierte Gesellschaft, in der die beiden politischen Parteien nicht nur organisatorischer Ausdruck verschiedener Gruppeninteressen oder politischer Einstellungen waren. Die beiden Parteien bildeten "den Mittelpunkt gesellschaftlicher Subsysteme, in denen die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben [...] wahrgenommen wurden. Die Parteien waren die Zentren der politisch-weltanschaulichen Lager."⁴ Die Abgeschlossenheit dieser Lager wurde dadurch verstärkt, daß die politischen Trennlinien mit sozialen, kulturellen, ideologischen und zum Teil auch geographischen zusammenfielen.⁵ In beiden Lagern hatte eine ausgeprägte subkulturelle Identität, die sich auch in einer engen emotionalen Bindung an die das jeweilige Lager repräsentierende politische Partei manifestierte, und ein durch die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen des Jahres 1934 noch verstärktes tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber dem jeweils gegnerischen Lager "Anschluß" und Weltkrieg überdauert. Querverbindungen zwischen den beiden gesellschaftlichen Gruppen gab es nur wenige, weshalb das politische System Österreichs in der Nachkriegszeit treffend als "versäult" beschrieben wurde.⁶

In solchermaßen segregierten Gesellschaften ist das Verhalten der politischen Eliten für Stabilität beziehungsweise das Überhandnehmen der zentrifugalen Tendenzen, die in den beschriebenen strukturellen Eigenschaften angelegt sind, ausschlaggebend. Diese Umorientierung der bisher gegnerischen Lager, die zum einen Ergebnis eines Lernprozesses aus der traumatischen Erfahrung des Februar 1934⁷ und Produkt der Kräfteverhältnisse innerhalb der beteiligten Parteien, zum anderen von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gewünscht war,⁸ hatte auf die politische Kultur des Landes nachhaltigen Einfluß. Bestimmendes

⁴ Anton Pelinka, Abstieg des Parteienstaates — Aufstieg des Parlamentarismus. Zum Wandel des österreichischen Parteienstaates, in: Ders. / Fritz Plasser (Hg.), *Das österreichische Parteiensystem*, Wien-Köln-Graz 1988, S. 36.

⁵ Wolfgang C. Müller, III.1 Das Parteiensystem, in: Herbert Dachs / Peter Gerlich / Herbert Gottweis / Franz Homer / Helmut Kramer / Volkmar Lauber / Wolfgang C. Müller / Emmerich Tálos (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien 1991, S. 191.

⁶ Zu diesem Begriff siehe Gerhard Lehmbuch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967, S. 33ff; aber auch Peter Gerlich, *Politisches System und Integration*, in: Erich Bodzenta (Hg.), *Die österreichische Gesellschaft. Entwicklung — Struktur — Probleme*, Wien—New York 1972, S. 179; Pelinka, *Abstieg*, S. 36; Fritz Plasser / Peter A. Ulram, 4. Politisch-kultureller Wandel in Österreich. Eine Übersicht über Veränderungen und Wandlungslinien, in: Dies. (Hg.), *Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich*, Frankfurt/Main—Bem—New York—Paris 1991, S. 149; Peter A. Ulram, V.5 Politische Kultur der Bevölkerung, in: Dachs u. a. (Hg.), *Handbuch*, S. 466.

⁷ Karl-Heinz Naßmacher, *Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung?*, Köln—Opladen 1968, S. 93; Anton Pelinka, *Windstille. Klagen über Österreich*, Wien—München 1985, S. 10.

Konfliktregelungsmuster im politischen System wurde der Kompromiß zwischen den beiden großen Parteien. Diese Kompromisse wurden von den jeweiligen Führungskräften der Parteien ausgehandelt und bestimmt. Um die Reibungsverluste bei dieser Form des Regierens möglichst gering zu halten, mußte die Gruppe, die an den Verhandlungen mit dem Regierungsgegner beziehungsweise -partner beteiligt war, möglichst klein bleiben. Sie war in den ersten Jahren eher informell und umfaßte maximal zehn Mitglieder⁹, die die jeweiligen parteiinternen Machtverhältnisse reflektierten. Auch der Koalitionsausschuß, der in den frühen fünfziger Jahren als organisatorischer Rahmen für die politische Entscheidungsfindung installiert wurde, umfaßte nur elf oder zwölf Männer: Neben dem Bundes- und dem Vizekanzler waren das die jeweiligen Parteisekretäre, Klubobmänner, Vertreter der ÖVP-Bünde und der *Fraktion sozialistischer Gewerkschafter*¹⁰. Diese Struktur führte zu einer Konzentration der politischen Entscheidungsgewalt an den Parteispitzen, auf wenige einzelne Persönlichkeiten. Der in der Folge in diesem Rahmen entwickelte Proporz muß nicht nur aus der Perspektive der "Aufteilung" der Republik gelesen werden, sondern kann auch als System verstanden werden, das Mißtrauen gegenüber den VertreterInnen der jeweils anderen Partei zu kanalisieren, als Absicherungs- und Kontrollmechanismus.

Komplementär zur Kooperation an den Parteispitzen bestand an der "Basis" der Parteien, unter ihren FunktionärInnen und Mitgliedern, die oben angesprochene Fragmentierung weiter. Diese waren von parteipolitisch dissonanten Informationen weitgehend abgeschirmt, wodurch den jeweiligen Meinungsführern eine Schlüsselstellung in der Vermittlung politischer Inhalte zukam.¹¹ Diese Ambivalenz zwischen starker Fragmentierung an der "Basis" und Kooperation "an der Spitze", an der die Macht auf nur wenige Entscheidungsträger konzentriert war, bestimmt das Spannungsverhältnis, in dem Regierungspolitik während des hier abgedeckten Zeitraums gemacht wurde bzw. entstand. Wir hoffen, daß das Nachfolgende dazu beiträgt, dieses Spannungsverhältnis klarer und damit die Anfänge der Zweiten Republik besser verständlich und der Forschung zugänglicher zu machen.

Wien, im Juli 1996

⁸ Siehe Fritz Weber, *Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950*, Wien 1986; Robert Kriechbaumer, *Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik*, Wien 1985.

⁹ Siehe Maria Mesner, "Weil ein anfänglich sehr kleiner Kreis von Freunden unbeirrt zusammen gehalten" hat ... Die Umorientierung der SPÖ unter Renner und Schärff, in: Erich Fröschl / Maria Mesner / Helge Zoitl (Hg.), *Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich*, Wien 1990, S. 486, Anm. 38.

¹⁰ Wolfgang C. Müller, II.3 Regierung und Kabinettsystem, in: Dachs u. a. (Hg.), *Handbuch*, S. 125.

¹¹ Siehe dazu Hubert Sickinger, *Politischer Wandel in der Zweiten Republik: Parteien, Machtverteilung / politische Strukturen, Kommunikation*, in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur—Wien—München*, S. 306.